

Direkt aus Bern

Freiwilliges Regulieren

Als angenehme Abwechslung zur langen und oft anstrengenden Sitzungszeit empfinde ich den Jassabend, den drei Fraktionskollegen und ich einmal pro Session abhalten. Wir treffen uns zu einem gemütlichen «Schieber» mit Essen und je nach Gusto Rotwein und/oder Bier. Dabei diskutieren wir nicht selten hitzig über laufende Geschäfte, was hie und da zu roten Köpfen führt.

Beim letzten Mal ärgerten wir uns während der internen Debatte für einmal nicht über die Entscheide anderer Parteien oder – selbstkritisch, wie wir durchaus sind – über unser eigenes Verhalten. Vielmehr veranlasste uns die Reaktion der Kellnerin des Restaurants, in welchem wir uns für Speis und Trank trafen und genüsslich bestellten, zu einem erstaunten Stirnrunzeln.

Nachdem wir nämlich Hunger und ersten Durst gestillt hatten, wollten wir mit unserem urschweizerischen Spiel beginnen und baten höflich um einen Jassteppich. «Das gibt es hier nicht. Überhaupt ist Jassen bei uns verboten», teilte uns die Kellnerin freundlich, aber unmissverständlich mit. Auf unsere schüchterne Frage, warum das in einem halb leeren Restaurant so sei, wo wir noch dazu eifrig am Konsumieren waren, antwortete sie, die Chefin wolle das so. Diese wiederum verwies uns an den Patron, der aber bereits seinen Feierabend genoss und so Diskussionen mit uns entgegen war.

Fazit: Wir durften in der gut bürgerlichen Beiz nicht jassen, «weil der Chef das nicht will». Nun, das ist sein Recht. Unseres war es, die Rechnung zu verlangen und das Weite respektive einen Ort zu suchen, wo unsere Spielernatur auf Verständnis stiess. Wir wurden fündig. Dort gehen wir wieder hin. Die «Jassverbotsbeiz» haben wir von der Liste gestrichen; ebenso die Kneipe, in der wir um 22.30 Uhr zur letzten Bestellung aufgefordert, um 22.45 Uhr die Stühle auf die Tische gestellt, zeitgleich die Fenster bei damals noch eisigen Temperaturen geöffnet wurden und uns plötzlich eine steife Brise entgegenwehte...

Als Politikerin höre ich immer wieder den Vorwurf, wir würden nur regulieren. Es scheint mir allerdings, wenn wir es nicht tun, dann passiert es freiwillig. Das nennt sich dann Gastfreundschaft!



Andrea Gmür-Schönenberger, CVP-Nationalrätin, Luzern
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Die Luzerner Bundesparlamentarier berichten jeweils während der Session aus ihrem Ratsalltag zu einem frei gewählten Thema.

Solidarität wird in Frage gestellt

Kultur Das Schwyzer Parlament fordert, dass der Kanton aus dem Konkordat über den Kulturlastenausgleich austritt. Die Zentralschweizer Regierungskonferenz warnt vor einem Dominoeffekt.

Roseline Troxler

roseline.troxler@luzernerzeitung.ch

Der Entscheid im Schwyzer Kantonsrat war knapp. Dennoch hat er beschlossen, aus dem Konkordat über den Kulturlastenausgleich auszusteigen (Ausgabe vom 1. Juni). Da das nötige Dreiviertelquorum nicht erreicht wurde, kann das Stimmvolk allerdings – voraussichtlich im September – über den Ausstieg befinden. Kulturinstitutionen von Luzern und Zürich sollen aber weiterhin mit Schwyzer Geldern unterstützt werden – allerdings auf freiwilliger Basis. Dafür soll der Fonds über die Lotteriegelder angezapft werden. Bei einem Ja zum Ausstieg sind die Zahlungen aus Schwyz bis Ende 2021 gesichert. Ein Austritt ist frühestens auf diesen Zeitpunkt möglich.

Zum Konkordat über den Kulturlastenausgleich, der seit 2010 in Kraft ist, gehören derzeit die Kantone Luzern, Zug, Schwyz, Uri, Zürich und Aargau. Obwalden und Nidwalden leisten Beiträge, sind der Vereinbarung aber nicht beigetreten. Luzern und Zürich erhalten pro Jahr rund 11,8 Millionen Franken (siehe Grafik). 7,78 Millionen Franken fallen auf den Kanton Zürich, 4 Millionen erhält der Kanton Luzern. Bemessen sind die Beiträge an den Zuschauerzahlen aus den Kantonen. Unterstützt werden sechs Kulturinstitutionen, die überkantonale Ausstrahlung haben. In Luzern profitieren das KKL, das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester. In Zürich wird das Opernhaus, das Schauspielhaus sowie die Tonhalle unterstützt.

«Signal ist für die Idee der Vereinbarung nicht günstig»

Welche Konsequenz wird der mögliche Ausstieg des Kantons Schwyz haben? Beat Hensler, Sekretär der Zentralschweizer Regierungskonferenz, sagt zur Bedeutung der Pläne: «Die Signalwirkung des Entscheids des Schwyzer Parlaments ist für die Idee der Vereinbarung nicht günstig.» Obwohl Luzern und Zürich finanziell nicht unmittelbar betroffen sind, wenn Schwyzer Gelder via Lotteriefonds fließen, habe dies eine psychologische Wirkung. Dass die

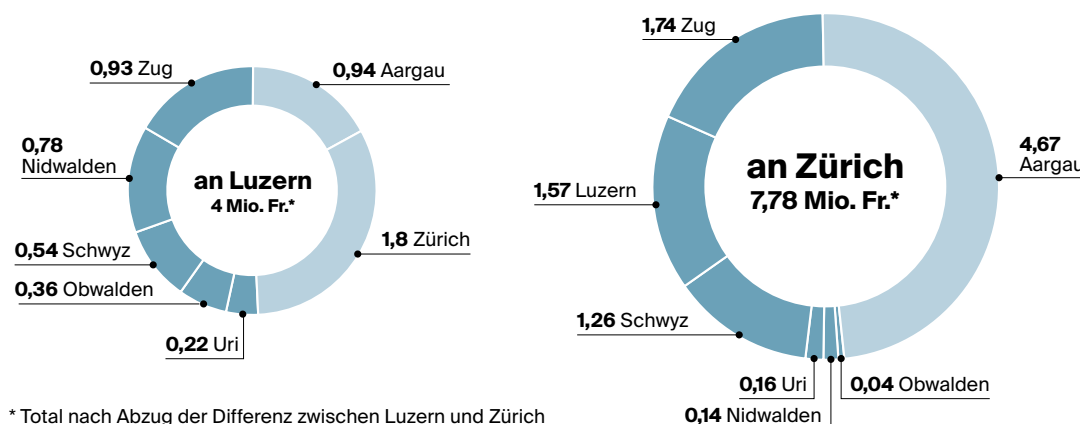


Erhält Subventionen: das Opernhaus Zürich, hier eine Aufführung des Balletts Zürich.

Bild: PD

Beiträge an den Kulturlastenausgleich in Millionen Franken

2016 bis 2018



* Total nach Abzug der Differenz zwischen Luzern und Zürich
Quelle: Interkantonaler Kulturlastenausgleich / Grafik: mop

freiwillige Zahlung nicht mit einer Mitgliedschaft im Konkordat gleichzusetzen sei, zeige das Beispiel von Obwalden. «Der Kanton hat für die kommenden Jahre die Höhe der Beiträge gekürzt», sagt Hensler. Statt 364 000 Franken beteiligt sich Obwalden nur noch mit gut 333 000 Franken pro Jahr an den Subventionszahlungen für Luzerner Kulturinstitutionen. Dies wurde im Januar im Parlament entschieden. Begründet worden sei dies damit, dass der Kanton

Luzern die eigenen Subventionen als Sparmassnahme nach unten angepasst hat. Dazu später mehr. Hensler betont anhand des Beispiels: «Ist ein Kanton nicht Vereinbarungspartner, sinkt die Verbindlichkeit.» Obwalden zahlt die Beiträge nicht über Lotteriegelder, sondern über das ordentliche Budget. Deshalb müssen die Beiträge vom Parlament jährlich abgesegnet werden. Auch Nidwalden begleicht die Beiträge über das ordentliche Budget. Die Höhe ist bei 1 Million Franken

plafoniert, wie es beim Nidwaldner Amt für Kultur heisst.

Gespräche mit Ostschweizer Kantonen laufen

Eigentlich hat sich die Konferenz der Regierungsdirektoren zum Ziel gesetzt, das Konkordat über den Kulturlastenausgleich zu erweitern. So soll das Gespräch mit möglichen Partnerkantonen aufgenommen werden. Beat Hensler bestätigt, dass entsprechende Gespräche «mit den Ostschweizer Kantonen» bereits erfolgt sei-

en. Zur Frage, ob und wann das Konkordat erweitert werde, kann er keine Angaben machen.

Doch anstelle einer Erweiterung droht dem Konkordat nebst den Plänen in Schwyz und der Kürzung der Beiträge in Obwalden weiteres Ungemach: Die FDP hat im Kanton Aargau in einer Motion den Austritt gefordert. Der Grosse Rat hat sich zwar dagegen ausgesprochen. Doch die Regierung wurde mittels Postulat beauftragt, die Beitragshöhe zu verhandeln. Eine Entscheidung steht auch im Kanton Zug in den nächsten Wochen im Parlament an. Zug will im Konkordat bleiben, den Beitrag aber vorübergehend über Lotteriegelder bezahlen. «Die Finanzierung des Kulturlastenausgleichs soll aber nur über den Lotteriefonds erfolgen, solange das Fondsvermögen mindestens 10 Millionen Franken beträgt, wobei die Beiträge an den Kulturlastenausgleich letztendlich erfolgen», erklärt Aldo Caviezel, Leiter des Amts für Kultur. Über diese Entwicklungen ist nicht nur Beat Hensler besorgt, sondern auch Josef Schuler, Vorsteher des Amts für Kultur und Sport Kanton Uri: «Gerade im Hinblick auf die geplante Erweiterung des Konkordats ist es wichtig, dass die Solidarität in der Zentralschweiz gewahrt wird.» Ein Austritt sei im Urner Landrat in den letzten Jahren nie zur Debatte gestanden.

Auch der Kanton Luzern spart bei der Kultur

Unsicherheit gibt es für die Kulturinstitutionen nicht nur beim Kulturlastenausgleich. So hat der Kanton Luzern beschlossen, weniger Geld an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe zu entrichten. Von der Stadt und dem Kanton Luzern erhalten das Verkehrshaus, das Luzerner Theater, das Luzerner Sinfonieorchester, das Lucerne Festival und das Kunstmuseum Luzern jährlich noch 27,5 Millionen Franken. Ursprünglich sollten die Beiträge um 1,7 Millionen Franken gekürzt werden. Da die Stadt nun aber in die Bresche springt und eine halbe Million Franken mehr bezahlt und der Kanton 500 000 Franken aus dem Lotteriefonds entnimmt, sinken die Beiträge um 0,7 Millionen Franken.

Gemeinden mit durchwegs positiven Rechnungen

Meierskappel

Satter Überschuss

Die Gemeinde schliesst ihre Rechnung 2016 mit einem Plus von rund 609 000 Franken bei einem Gesamtaufwand von 7,2 Millionen Franken. Budgetiert war ein Plus von 189 000 Franken. Der Gemeinderat beantragt, den Überschussbetrag für künftige Investitionen beiseitezulegen. Darüber befindet die Gemeindeversammlung am 26. Juni.

Neuenkirch

Ja zum Kulturraum-Kredit

129 anwesende Stimmbürger haben an der Gemeindeversamm-

lung die Rechnung 2016 einstimmig gutgeheissen. Sie schliesst bei einem Aufwand von 39 Millionen Franken mit einem «unerwartet hohen» Plus von 2,98 Millionen. Zudem wurde ein Kredit für die Erarbeitung eines Vor- und Bauprojekts für den Musik- und Kulturraum bei der Sporthalle Grünau gutgeheissen.

Rain

Positiver Abschluss

Der Gemeinderat durfte am vergangenen Mittwoch eine ausgeglichene Rechnung präsentieren. Diese schliesst bei einem Gesamtaufwand von rund 12,9 Millionen Franken mit einem Plus von knapp 750 000 Franken. Das

ist weitaus mehr als budgetiert: Im Voranschlag rechnete die Gemeinde noch mit einem Minus von rund 250 000 Franken. Entsprechend wurde die Rechnung einstimmig genehmigt.

Rickenbach

Neue Fenster für Schule

Der Fall war klar: An der Gemeindeversammlung haben 95 anwesende Stimmberechtigte einstimmig einen Sonderkredit von 480 000 Franken gutgeheissen. Damit wird die Gemeinde die Fenster beim Primarschulhaus ersetzen und die WC-Anlage sanieren. Auch die Rechnung 2016 wurde einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Diese

weist ein Plus von rund 3,4 Millionen Franken auf. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von 930 000 Franken.

Vitznau

Kredit für Ortsteil-Plan

Eine grosse Mehrheit der 100 anwesenden Stimmberechtigten hat einen Sonderkredit von 200 000 Franken für die Planung des Ortsteils Oberdorf genehmigt. Dort könnten anstelle der bestehenden Altbauten bis zu 70 neue Wohnungen entstehen. Auch die Rechnung 2016 wurde gutgeheissen. Sie weist bei einem Aufwand von rund 7,2 Millionen Franken ein Plus von 2,5 Millionen Franken auf.

Weggis

Es winkt ein Steuerrabatt

152 anwesende Stimmbürger hiesigen an der Gemeindeversammlung die Rechnung 2016 gut, die ein sattes Plus von 5,8 Millionen Franken aufweist (Gesamtaufwand: 30,4 Millionen). Das ist 3,2 Millionen besser als budgetiert. Grund sind unter anderem höhere Steuereinnahmen. Mit dem Überschuss werden nun die Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren sowie Projekte zu Strassensanierungen vorfinanziert. Zudem beantragt der Gemeinderat, 2018 einen Steuerrabatt im Umfang einer Zehntelseinheit zu gewähren. Der Steuerfuss liegt derzeit bei 1,55 Einheiten. (red)